

Themen in dieser Ausgabe:

- Schulausschuss beschließt 4. Gesamtschule
- Nationalpark Siebengebirge - SPD: „Zeitdruck rausnehmen“ – Bürger mitnehmen – Klares Nein zu Südtangente und Ennertaufstieg
- SPD-Fraktionen begrüßen Gründung des Zweckverbands „Rheinische Entsorgungskooperation“ (REKo) – Abfallentsorgung in kommunaler Verantwortung ist im Interesse der Bürger
- Doris Meyer und Bill Mockridge sind die Träger der Sebastian-Dani-Medaille 2008
- Fraktionsvorsitzender legt wieder schriftlichen Rechenschaftsbericht vor
- Bürgerschaftliches Engagement und ppp-Projekte sind immer willkommen
- Denkmaleigenschaft Metropol - SPD: Alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen
- Beethoven-Festspielhaus SPD mahnt zur Besonnenheit
- SPD-Fraktion spendet an „Robin Good“
- "5000 für 1000" - Feldsalatpflanzen für Kleingartenvereine
- Spielplatzabschlussfest der SPD-Fraktion im Hofgarten
- Große Bürgersprechstunde auf dem Münsterplatz - SPD-Fest
- Stadthausgespräch: „Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bonn und der Region!“
- „Integration durch Dialog“ mit Dr. Lale Akgün, MdB

http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_20338_20081016173022.pdf



Die lange Liste des Versagens...

... wie Lorth und Stahl, (CDU), in Düsseldorf Bonn vergessen.

Schulausschuss beschließt 4. Gesamtschule

„Längeres gemeinsames Lernen in Bonn“ ist eine Tradition der SPD.

Der Schulausschuss hat einen von der SPD initiierten gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürger Bund Bonn beschlossen. Die Verwaltung wird darin beauftragt, bei der Bezirksregierung die Genehmigung für die Errichtung einer 4-zügigen Gesamtschule SEK I und SEK II am Standort „Am Römerkastell“ zu beantragen und ein förmliches und verbindliches Anmeldeverfahren für die neue Gesamtschule zum Schuljahr 2009 durchzuführen.

Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn: „Leider hat sich die CDU dagegen ausgesprochen. Den Wunsch nach gemeinsamem Lernen in der Gesamtschule bezeichnete der Sprecher der CDU gar als Forderung nach der Einheitsschule. Die Nutzung dieses abwertenden Begriffs, der aus den ideologisch geprägten schulpolitischen Auseinandersetzungen der 70er Jahre stammt, erstaunte viele Mitglieder des Schulausschusses sehr, hatte doch auch die CDU im vergangenen Jahr für den Modellversuch Sekundarschule gestimmt, um längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Die Mitglieder der FDP-Fraktion folgten dem Antrag auch nicht. Das ist sehr bedauerlich. Gerade die Mitteilungsvorlage der Verwaltung zur Elternbefragung hat den Elternwillen doch eindrucksvoll dokumentiert.“

Der Rat wird sich in seiner Sitzung am 23. Oktober 2008 mit dem Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule befassen. Wird dort der Beschluss des Schulausschusses bestätigt, kann das Anmeldeverfahren für das kommende Schuljahr auf den Weg gebracht werden. Es liegt nicht nur im Interesse der Eltern, ihren Kindern die bestmöglichen Bildungschancen zu eröffnen, auch wir als dienstleistungsorientierte Stadt brauchen optimal ausgebildete junge Leute, die eine Chance auf

dem Arbeitsmarkt haben. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass Bildungsmöglichkeiten nicht von der Ausbildung und dem sozialen Status der Eltern abhängig sein dürfen, die Bildungs-



landschaft muss durchlässiger für alle werden. Die Nachfrage der Eltern nach mehr Plätzen an Schulen, die länger gemeinsames Lernen ermöglichen, ist auch nach der Einrichtung der Theodor-Litt-Sekundarschule ungebrochen. Daher sind weitere Angebote

dringend erforderlich. Zusammen mit dem innovativen Konzept und den Ganztagsplätzen an der Sekundarschule Theodor-Litt ist es mit der 4. Gesamtschule möglich, innerhalb von noch nicht einmal zwei Jahren weit über 200 neue Plätze an Bonner Schulen zu schaffen, die dem Wunsch vieler Eltern für ihre Kinder entsprechen.

Die CDU/FDP-Regierung des Landes NRW fordert für die Errichtung einer neuen Gesamtschule die sog. Leistungsheterogenität (1/3 Gymnasialempfehlung). Außerdem will sie neue Gesamtschulen nur als Halbtagschulen genehmigen. Dieses engere Zeitbudget behindert die Arbeit der Gesamtschulen insbesondere für die Förder- und Förderungsangebote. Der Ganztags gehört zur Gesamtschule.

Weitere Informationen:

Antrag der SPD-Fraktion für das Anmeldeverfahren für eine 4. Gesamtschule:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/08/0812322.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/08/0812322AA3.htm

Mitteilungsvorlage der Verwaltung:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/08/0812522.htm

Argumente der SPD-Fraktion: „Eine vierte Bonner Gesamtschule kann jetzt beantragt werden“ unter: http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_20158_200892513564.pdf

Nationalpark Siebengebirge - SPD: „Zeitdruck rausnehmen“ – Bürger mitnehmen – Klares Nein zu Südtangente

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn will sich bei den Beratungen zur Nationalparkverordnung Siebengebirge nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Obwohl die Sozialdemokraten in dem Projekt große Chancen für Natur und Mensch sehen, wollen sie den von vielen Bürgerinnen und Bürgern vorgetragenen Bedenken, nicht zuletzt zum geplanten Wegenetz, Rechnung tragen. „Ein Bürgernationalpark, der sich über die Bedenken der Bürger hinwegsetzt, ist für uns undenkbar. Wir brauchen mehr Zeit“, betonen Wolfgang Hürter, Beueler Bezirksbürgermeister und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Angelika Esch, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und Stadtverordnete für die Ortsteile Ungarten und Holtorf, in einer gemeinsamen Erklärung. Sie unterstützen damit die



Position der Stadtverwaltung, die eine Veränderung des Zeitplans vorgeschlagen hat. Hürter sieht die Chancen des Nationalparks insbesondere in seinem Beitrag zur Biodiversität:

„Diese einmalige Landschaft mit ihrer außerordentlich großen Artenvielfalt zu schützen und zu erhalten, kann mit dem Nationalpark gut gelingen. Biodiversität zu fördern ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Unter dem Dach eines Nationalparks könnten wir hier große Fortschritte machen und auch das Gebiet insgesamt aufwerten. Die Besonderheit des Siebengebirges ist das vielfältige und auch kleinteilige Mosaik der verschiedensten Pflanzen- und Tiergesellschaften, trotz und zum Teil auch wegen der historischen Nutzung des Gebietes durch den Menschen. So birgt es neben schützenswerten Biotopen viele kulturhistorisch wichtige Stätte.“ Angelika Esch ergänzt: „Unsere Bürgerinnen und Bürger nutzen diese einmalige Landschaft für die Naherholung. Dies trägt ganz wesentlich zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. Die Diskussionen haben gezeigt, dass viele Menschen, die im und am

Siebengebirge leben, mit der vorgesehenen Einschränkung im Wegenetz nicht einverstanden sind. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Artenschutz und Bürgerinteressen müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Sonst ist der Anspruch „Bürgernationalpark“ nicht zu realisieren. Wir werden in enger Diskussion mit den Bürgervereinen und Initiativen die weiteren Beratungen begleiten.“

Allein in Beuel hatten sich mehrere Hundert Bürgerinnen und Bürger bei den Informationsveranstaltungen und den Ortsbegehungen engagiert eingebracht. Die vom Land vorgegebenen Fristen seien daher nach Auffassung der Sozialdemokraten zu kurz, um fachlich fundiert und ausführlich über ein Wegenetz beraten zu können, das dem Naturschutz und auch den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt. Die Erreichbarkeit der kulturhistorisch bedeutsamen Stätten am Ennert sei dafür ein Beispiel unter vielen.

Weitere offene Fragen seien die Organisationsform und damit der Einfluss der Kommunen und der Bevölkerung auf den Nationalpark. Auch die Fragen zur Verkehrsführung seien noch nicht beantwortet. Das in Auftrag gegebene Verkehrsgutachten wird erst im Frühjahr 2009 vorliegen. Der Ennertaufstieg, wie in ersten Überlegungen angedeutet, wird – das erklären die beiden Sozialdemokraten eindeutig – auf jeden Fall mit der Bonner SPD aber nicht zu machen sein.

Informationen zum Nationalpark Siebengebirge unter: http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/toptemen/06778/index.html?lang=de



SPD-Fraktionen begrüßen Gründung des Zweckverbands „Rheinische Entsorgungskooperation“ (REKo) – „Abfallentsorgung in kommunaler Verantwortung ist im Interesse der Bürger.“

Die SPD-Fraktionen im Rat der Stadt Bonn und im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises begrüßen die geplante Gründung des Zweckverbandes Rheinische Entsorgungskooperation (REKo). „Ziel ist es, eine langfristige Entsorgungssicherheit zu wirtschaftlichen Konditionen zu gewährleisten und vorhandene Anlagen langfristig auszulasten. Hierdurch wird für die Bürgerinnen und Bürger Gebührenstabilität sichergestellt und nachhaltige Daseinsfürsorge betrieben“, so Wilfried Klein und Sebastian Hartmann, die beiden Vorsitzenden der SPD-Fraktionen. Die zum 1.1.2009 geplante Gründung erfolgt zunächst zwischen Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis. Mittelfristig sollen weitere Gebietskörperschaften eingebunden werden. Die Korruptionsskandale der vergangenen Jahre im

Umfeld privatwirtschaftlich organisierter Abfallentsorgung haben nach Auffassung der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker deutlich gemacht, dass eine öffentlich verantwortete Entsorgungswirtschaft unverändert nötig ist. „Wir wollen möglichst viel kommunalen Einfluss wiedergewinnen, um die Müllbeseitigung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sicher, transparent und kostengünstig zu erledigen. Der Zweckverband leistet hierzu einen ganz wichtigen Beitrag“, so Wilfried Klein und Sebastian Hartmann.

Pressemitteilung der Stadt Bonn unter: http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/05221/index.html?lang=de
 Beschlussvorlage: http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/08/0812378.htm

Doris Meyer und Bill Mockridge sind die Träger der Sebastian-Dani-Medaille

"Wir müssen helfen und nicht Akten anlegen". Dies war ein häufiges Zitat von Sebastian Dani und das Motto seiner Arbeit in den 18 Jahren seiner Amtszeit als Stadtdirektor von 1946 bis 1964, dem er sich immer verpflichtet gefühlt hat. Im Krieg von den Nazis verfolgt, war er nach dem Krieg und in den Jahren des Wiederaufbaus für den gesamten Sozialbereich in Bonn verantwortlich.

Die beiden Preisträger, Doris Meyer und Bill Mockridge,



wurden für ihre Verdienste und ihr ehrenamtliches Engagement im Verein „Sterntaler e.V.“ von der SPD-Fraktion mit der Sebastian-Dani-Medaille geehrt. Im Sinne von Dani stehen sie mit ihrer Arbeit für "unbürokratische Hilfe". Für ihren großen persönlichen Einsatz für andere dankte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn Doris Meyer und Bill Mockridge ganz herzlich. „Sie sind ein Beispiel für solidarisches Verhalten und bürgerschaftliches Engagement“, so Wilfried Klein. Beide erhielten, stellvertretend für die anderen Vorstandsmitglieder, am 11.09.2008, Medaille und Urkunde aus der Hand des Fraktionsvorsitzenden Wilfried Klein.

Gegründet wurde "Sterntaler e.V., Sozial Sponsoring für Kinder und Jugendliche aus Endenich/Dransdorf" am 29. November 1995, seit 2001 ist Sterntaler für alle Bonner Kinder und Jugendlichen da, die Hilfe brauchen.

Zwar regnet es nicht, wie in dem Märchen, goldene Sterne auf bedürftige Kinder in Bonn, aber sie bekommen durch „Sterntaler“ praktische Hilfe durch Lernmaterialien, Bücher, Hausaufgabenhilfen, Unterstützung bei Klassenfahrten oder Instrumentalunterricht und einiges mehr.

Doris Meyer arbeitet als Vorsitzende von „Sterntaler“ für Bonner Kinder und hilft, wo schnelle und unbürokratische Hilfe nötig ist. Sie weiß als ehemalige engagierte Lehrerin in Zusammenarbeit mit Kindergärten, Grundschulen und Jugendeinrichtungen, wie und was Kinder in schwierigen Situationen brauchen. Bill Mockridge, bekannt als der „Springmaus“-Gründer, Kabarettist und Schauspieler, ist Schirmherr von „Sterntaler“ und ständig bemüht, Sponsoren für den Verein zu finden. Ohne sein Engagement wäre die Arbeit nicht zu schultern. Beide sind Beispiel für soziales Interesse an den Mitmenschen. Hinter ihnen stehen weitere Menschen, die mithelfen, dass Kinder Hilfe und Unterstützung erhalten. Allesamt arbeiten sie mit Freude und Leidenschaft um wiederum andere zu bewegen, mitzumachen und zu helfen. So gilt die Ehrung auch ihnen.



Infos zu Sterntaler e.V. unter:
<http://www.sterntaler-bonn.de/wsw.htm>

Fraktionsvorsitzender legt wieder schriftlichen Rechenschaftsbericht vor



Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion und Stadtverordneter für Dransdorf und Lessenich/Meßdorf, legte vor einigen Tagen seinen 14. Rechenschaftsbericht über die Arbeit im Rat der Stadt Bonn vor. Der vierseitige Bericht wird jährlich und an alle Haushalte im Wahlkreis verteilt. Er ist aber auch im Internet unter <http://www.wilfried-klein.de> zu finden.

„Bei meiner Wahl in den Stadtrat 1994 habe ich den Wählerinnen und Wählern versprochen, diesen Bericht einmal im Jahr vorzu-

legen. Daran habe ich mich gehalten. Ich bin der einzige Vorsitzende einer Ratsfraktion, der dies so macht. Wenn die Wählerinnen und Wähler dies so wollen, möchte ich das auch in den nächsten Jahren unverändert fortsetzen“, kündigt Klein an. Der Bericht enthält neben einem zusammenfassenden Überblick über die Schwerpunkte der Ratsarbeit auch wieder, wie in all den Jahren zuvor, einen Nachweis über Gremienmitgliedschaften und Entschädigungen.

Altes Rathaus

Bürgerschaftliches Engagement und ppp-Projekte sind immer willkommen

Für viel Wirbel sorgte der Vorschlag von Marc Asbeck, veröffentlicht im Bonner Generalanzeiger, das Bonner Rathaus zu kaufen, zu sanieren und an die Stadt zu vermieten. „Bürgerschaftliches Engagement und ppp-Projekte sind immer willkommen“, so Bärbel Richter, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, „dabei fallen uns viele Möglichkeiten ein, Stadt und Bürgerschaft zu unterstützen.“ Allerdings, so die Meinung der SPD-Ratsfraktion, handelt es sich gerade beim Alten Rathaus um ein Gebäude, über dessen Veräußerung man sicherlich nicht nachdenken sollte. „In den vergangenen Jahren wurde immer wieder Geld in den Haushalt eingestellt, das dann für noch wichtigere Projekte wieder umgewidmet wurde,“ so Werner Esser, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und planungspolitischer Sprecher. Schulen wurden saniert, Geld für die Sanierung der städtischen Bäder bereitgestellt und die dringenden Arbeiten



am Kanalnetz in der Stadt weiter vorangetrieben. „Ja, es ist richtig, dass wir in den vergangenen Jahren immer wieder das Geld für die Sanierung des Alten Rathauses letztlich dann für andere Projekte verwandt haben – in Zeiten knapper Kassen ein normaler Vorgang. Allerdings sind wir zuversichtlich, dass im nächsten Haushalt die notwendigen Mittel bereit gestellt werden,“ so Bärbel Richter. Die SPD-Ratsfraktion bietet Marc Asbeck gern einen Gesprächstermin an, bei dem man sich über ppp-Projekte austauschen kann. Werner Esser ist zuversichtlich: „Die SPD-Ratsfraktion ist sicher, dass sich da etwas finden lässt, was gemeinsam mit Marc Asbeck realisiert werden kann.“

Erklärung der Oberbürgermeisterin unter:
http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/topthemen/07371/index.html?lang=de

Denkmaleigenschaft Metropol - SPD: Alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen

Die Stadt Bonn hat beim Oberverwaltungsgericht Münster eine Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt, um eine Revision des Urteils zu erreichen, in dem festgestellt wurde, dass das 'Metropol' kein Denkmal sei. „Die Denkmaleigenschaft des Metropol hat für uns nie in Frage gestanden“, mit diesen Worten kommentiert Bärbel Richter, stellvertretende Vorsitzende und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn und kulturpolitische Sprecherin, die Anregung der Verwaltung, gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde einzulegen. Die Denkmaleigenschaft war auch nie ein

Streitpunkt zwischen den Fraktionen im Rat. Lediglich hinsichtlich der Nutzung und Umbauplanungen gab es unterschiedliche Einschätzungen. „Angesichts der möglichen Auswirkungen des OVG-Urteils für den Denkmalschutz ist die Einlegung der Beschwerde trotz der weiteren Verzögerung und der möglicherweise geringen Erfolgsaussichten eine angemessene Reaktion. Denkmalschutz ist ein bedeutendes Kulturgut. Deshalb ist auch das Land gefordert, über eine Novelle des Denkmalschutzgesetzes nachzudenken“, so Bärbel Richter.

Beethoven-Festspielhaus - SPD mahnt zur Besonnenheit

„Wir begrüßen das Engagement von Dax-Unternehmen und Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, mit Besonnenheit und Unaufgeregtheit die kommenden Schritte zu gehen“, so Bärbel Richter, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und kulturpolitische Sprecherin im Rat der Stadt Bonn. „Weitere öffentliche Spekulationen zu diesem Zeitpunkt können das Projekt eher gefährden.“ Die von den Grünen jetzt – aus einem Brief an die Oberbürgermeisterin – zitierten Bedenken hinsichtlich des Einhaltens des Finanzrahmens beim Bau der Halle haben diejenigen in der Hand, die den Wettbewerb ausloben – nicht, wie suggeriert wird, die Stadt Bonn. Ein Vergleich mit dem Bauprojekt der Elbphilharmonie, die unter völlig anderen Bedingungen geplant wurde, ist nicht zulässig. „Weder wollen wir gleichzeitig ein Hotel

planen, noch sind Wohnungen etc. Bestandteil der Überlegungen zum Festspielhaus Beethoven. Außerdem ist die Anzahl der Plätze im großen und kleinen Saal projektiert auf realistische Auslastungsmöglichkeiten für Bonn. Wer so leichtfertig Äpfel mit Birnen vergleicht, scheint ein Interesse daran zu haben, dass Unruhe in das Projekt gerät“, so Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. „Es war immer klar, dass der Rat der Stadt Bonn sich auch über die städtische Beteiligung an dem Projekt verständigen muss. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem Klarheit geschaffen werden muss, wie Geldgeber und Verwaltung die nächsten Schritte gemeinsam mit der Politik gehen wollen“, mahnt Bärbel Richter abschließend.



SPD-Fraktion spendet an „Robin Good“

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat dem Kinderhilfsfonds „Robin Good“ eine weitere Spende von €1.500,00 zur Verfügung gestellt. Bereits in 2007 haben die Sozialdemokraten dem Fonds €1.000,00 gespendet. Der Hilfsfonds „Robin Good“ wird gemeinsam von Caritasverband und Diakonischem Werk getragen und hilft Kindern und Familien, die in eine finanzielle Notlage geraten sind, mit Geld für Schulmaterialien und Kleidung unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder Religionszugehörigkeit. Nach der Ehrenordnung der Stadt Bonn spenden die Stadtverordneten einen Anteil ihrer Sitzungsgelder bzw. Aufwandsentschädigungen von Aufsichtsräten und anderen entsprechenden Gremien, in denen sie die Stadt vertreten, an gemeinnützige Organisationen. In 2007 waren es ca. €17.800,00; in 2008 wird der Betrag wiederum bei weit über €10.000,00 liegen. „Mit diesen Spenden wollen wir gezielt da helfen und unterstützen, wo die öffentliche Hand an ihre Grenzen stößt. Die Hilfe für Einrichtungen, die Kinder und Familien fördern, liegt uns dabei besonders am Herzen“, fasst Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, die Schwerpunkte der Spendengelder zusammen.

"5000 für 1000" - Feldsalatpflanzen für Kleingartenvereine



Am 5. September 2008 übergab Wilfried Klein, SPD-Fraktionsvorsitzender, wieder 5000 Feldsalatpflanzen an 1000 Bonner Kleingärtner.

Die Aktion der SPD-Fraktion hat Tradition. Seit 5 Jahren lädt sie die Kleingartenvereine ein und übergibt ihnen als Zeichen der Anerkennung und des Dankes für die geleistete Arbeit in den Kleingartenanlagen Salatsetzlinge.

Es waren wieder zahlreiche Kleingartenvereine und ihre Mitglieder in die Anlage des Stadtverbandes der Kleingartenvereine gekommen und haben sich Feldsalatpflanzen abgeholt. Die Kleingärtner nehmen das Treffen gerne wahr, um sich auszutauschen und Gespräche mit den Stadtverordneten zu führen.

Spielplatzabschlussfest der SPD-Fraktion im Hofgarten



Zum Abschluss der zahlreichen Spielplatzfeste der SPD-Fraktion, gab es am Sonntag, dem 7. September 2008, ein großes Spielplatzfest im Hofgarten.

Ernesto Harder, Vorsitzender der Bonner SPD und familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Hendricks, Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, sowie weitere Stadtverordnete waren bei dem Fest dabei.

Die Kinder hatten viel Spaß bei verschiedenen Spielen, der Hüpfburg und dem Malwettbewerb. Zur Stärkung gab es Kuchen und nichtalkoholische Getränke.



Große Bürgersprechstunde auf dem Münsterplatz - Fest der SPD



Die Wetterverhältnisse waren am 13. September 2008 alles andere als gut. Das tat dem SPD-Fest aber keinen Abbruch. Der Münsterplatz war eine große Bürgersprechstunde bei der sich alles rund um die Bonner Politik drehte. Stadt- und Bezirksverordnete, mit dem Fraktionsvorsitzenden Wilfried Klein an der Spitze, Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, SPD-Landtagsabgeordnete Renate Hendricks, Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber und Parteivorsitzender Ernesto Harder standen zu Gesprächen zur Verfügung. Mit dabei war auch OB-Kandidat Jürgen Nimptsch, den viele mal sehen und möglichst auch sprechen wollten.



„Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bonn und der Region!“



Keiner kann heute wirklich abschätzen, wie sich gentechnisch veränderte Organismen auf Mensch und Umwelt auswirken. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hatte sich deshalb für ein Anbauverbot von Genpflanzen in Bonn eingesetzt. Bei der sog. „grünen Gentechnik“ gibt es viele Aspekte. Um ein möglichst klares Bild zu erhalten, laden wir Sie ein zu einem Stadthausgespräch der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn am

**Dienstag, dem 21. Oktober 2008, um 19.30 Uhr,
Sitzungssaal I, Stadthaus,
Berliner Platz, 53111 Bonn.**

Als GesprächspartnerInnen stehen zur Verfügung:

Wolfgang Hürter, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Bezirksbürgermeister von Beuel

Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Bonns Bundestagsabgeordneter

Dr. Waltraut Ruland, Landwirtschaftskammer NRW, ständige Vertreterin des Direktors

Bernd Schmitz, Bio-Landwirt, Hennef, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Moderation: **Bärbel Richter**, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn und stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Zu- oder Absagen unter: spd.ratsfraktion@bonn.de
oder telefonisch 0228/772080

Integration durch Dialog

Wie gehen wir mit Menschen um, die dem islamischen Glauben angehören? Der Sorge um eine „Islamisierung“ unserer Gesellschaft wollen wir durch einen verstärkten Dialog zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen mit Argumenten begegnen. Mit einem „Integrationsdialog“ wollen wir eine Reihe von Veranstaltungen zu diesen Fragen führen.

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete und Islam-Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, **Dr. Lale Akgün**, wird zu einer Veranstaltung nach Bonn kommen.

Das Gespräch mit Frau Dr. Lale Akgün zum Thema „**Dialog auf Augenhöhe**“ findet statt am



**30.10. 2008, 19.30 Uhr,
Stadthaus, Sitzungssaal I,
Berliner Platz, 53111 Bonn**

Moderation: **Adi Eickhoff**, SPD-Stadtverordneter,
integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Zu- oder Absagen bitte mit einer Rückmail unter: spd.ratsfraktion@bonn.de
oder telefonisch 0228-772080/ 773811